

komplizierte Fragen in einer globalisierten Welt gibt, auch in traditionell sozialdemokratischen Wählerschichten auf fruchtbaren Boden treffen, ist es so wichtig, der populistischen Versuchung zu widerstehen. Das heißt, das europäische Gesellschaftsmodell aktiv und offensiv zu verteidigen und allen Versuchen entschlossen entgegenzutreten, soziale Konflikte zu ethnisieren bzw. die soziale Frage in nationalistischem Sinne umzudeuten. Rechte Parteien neuerer Prägung würden zunehmend markt-radikale und wohlstandschauvinistische Positionen vertreten und diese mit (Standort-)Nationalismus verknüpfen, schreibt der Politikwissenschaftler Alexander Häusler in seiner aktuellen Publikation *Die AfD: Partei des rechten Wutbürgertums am Scheideweg*. In Zeiten von Sozialabbau, Standortkonkurrenz, Arbeitnehmerfreizügigkeit und Zuwanderung von außen,

jeder Form von nationalistischem Sozialpopulismus eine auf Gleichwertigkeit basierende sozialdemokratische Politik entgegenzustellen, wäre eine klare und wirkungsvolle Antwort auf die Bedrohung Europas durch seine Feinde von rechts.

Europa werde zu einem farbigen Kontinent, ob uns das nun passe oder nicht, formulierte Umberto Eco kürzlich in einem Buchbeitrag zum Thema Kultur und Migration in Europa. Und Robert Menasse prognostiziert im *Europäischen Landboten*, dass entweder das Europa der Nationalstaaten untergehen werde oder das Projekt der Überwindung der Nationalstaaten. Beide Aussagen treffen zu, und beide beschreiben die politisch-propagandistische Kampfzone, in der sich die Auseinandersetzung mit der europafeindlichen radikalen Rechten in den nächsten Jahren abspielen wird.



**Ralf Melzer**

war freier Journalist und ist seit 2004 in verschiedene Funktionen im In- und Ausland für die Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. Derzeit leitet er im Forum Berlin den Arbeitsbereich »Gegen Rechtsextremismus«.

[ralf.melzer@fes.de](mailto:ralf.melzer@fes.de)

### Paul Magnette

## Wie Europa einen Weg aus der Sackgasse findet

2015 wird wohl als das *annus horribilis* der Europäischen Union im 21. Jahrhundert im Gedächtnis bleiben. Nachdem die Gemeinschaft bereits Anfang des Jahres im Streit um die Schulden Griechenlands fast zerrissen wurde, zeigten die Mitgliedsstaaten im Sommer angesichts der vielen Flüchtlinge aus den Krisengebieten im Nahen Osten abermals ihr Unvermögen.

Tatsächlich hat Europa viele andere Krisen bewältigt und jedes Mal waren es eben diese Krisen selbst, die Europa stark gemacht haben. Aber es wäre falsch, den Schaden zu unterschätzen, den das dop-

pelte Versagen in der Griechenland- und Flüchtlingsproblematik angerichtet hat. Hier offenbaren sich nämlich die Fehler, die bereits bei der Gründung des gemeinsamen europäischen Projektes gemacht wurden. Und diese könnten zu einer kompletten Lähmung Europas führen.

Langfristig betrachtet beschrieb der französische Historiker Ferdinand Braudel die europäische Integration als »ein Wettrennen zwischen freier Wirtschaft und staatlicher Kontrolle, in dem es die Wirtschaft, ständig in der Bedrohung lebend übervorteilt zu werden, bis heute immer

wieder geschafft hat, die Oberhand zu gewinnen.« Aus dieser erweiterten historischen Perspektive scheint die wahre Triebfeder der Annäherung innerhalb des Kontinents weder der Wunsch nach einer Ausöhnung der durch zwei große Kriege innerhalb kürzester Zeit beschädigten Nationen zu sein, noch der Versuch, ein drittes Gewicht zu den beiden großen Lagern des Kalten Krieges zu bilden. Vielmehr offenbart sich die Europäische Integration hier als Fortsetzung eines bereits in der frühen Renaissance begonnenen Prozesses, bei dem sich staatliche Autorität immer wieder den wachsenden Kräften der wirtschaftlichen Entwicklung angepasst hat. Da die freien Märkte sich immer weiter ausdehnten, sahen sich die politischen Kräfte gezwungen, nachzuziehen, wollten sie nicht ihre Regulierungsfähigkeit verlieren. Kurz gesagt, das heutige Europa ist somit eher das Kind der Globalisierung als das Ergebnis innerkontinentaler Konflikte oder des Kalten Krieges.

Die Formierung der Europäischen Union ist, laut Norbert Elias, außerdem von einem Prozess allgemeiner zivilisatorischer Entwicklungen begleitet, der dazu führt, dass nationalstaatliche Souveränität immer weiter an Einfluss verliert und multinationale Koexistenzen immer wahrscheinlicher werden.

Den politischen Führern, die die europäische Einigung vorangetrieben haben, waren diese doppelte Integration und die sich ändernde zivilisatorische Praxis meist nur teilweise bewusst. Im Allgemeinen wurde die europäische Einigung eher mit Konfusion als mit Enthusiasmus verfolgt. Wie bei jedem anderen politischen Projekt war auch dies nur möglich, weil die Unklarheit über den europäischen Prozess an sich jeder Partei erlaubte, ihn gemäß der eigenen Interessen und Ziele zu interpretieren und auszulegen. Einige handelten aus europäischem Idealismus, andere waren überzeugt, dass ein europäisches Netzwerk die beste Möglichkeit sei, ihre nationalen

Interessen zu vertreten. Wieder andere folgten einfach dem Weg ihrer Amtsvorgänger und ließen sich von ihrer politischen Routine leiten.

Seine Vieldeutigkeit machte das europäische Projekt ungemein flexibel und anpassbar. Ursprünglich erdacht für sechs westeuropäische Länder, hat es sich nun auf 28 Staaten und mehr als eine halbe Milliarde Menschen ausgedehnt. Entworfen als eine Wirtschaftsgemeinschaft mit klar begrenzten Aufgaben (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl), ist die EU mittlerweile zu einem politischen System herangewachsen, dessen Machtausübung sich kein Mitgliedsstaat mehr entziehen kann.

Aber diese Formbarkeit der Idee des europäischen Projekts hat ihren Preis: Nämlich den der Hartnäckigkeit eines großen Missverständnisses, das immer wieder auftaucht. Zu Zeiten von Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, als Europa angesichts der Wirtschaftskrise der 70er Jahre nach neuen Wegen suchte, standen sich die Anhänger des »Europäischen Raums« und die des »Europäischen Projekts« diametral gegenüber.

Erstere sahen in der europäischen Integration eine Art Zollverein. Im Sinne der Idee des freien Marktes sollte der Abbau von nationalen Grenzen für Menschen, Kapital, Güter und Dienstleistungen die vollen Kräfte des europäischen Kapitalismus entfesseln und den Kontinent so aus seiner Krise befreien. Für die Anhänger des »europäischen Projekts« erschien die alleinige Öffnung der Märkte nicht ausreichend um Europa zu neuen politischen Höhen zu führen. Es wären auch eine gemeinsame politische Verwaltung und ausformulierte Regeln nötig, um wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu fördern und um Europa ein größeres politisches Gewicht in der Welt zu geben.

Diese Schizophrenie in der europäischen Angelegenheit, die weiterhin zwi-

*Das schizophrene Europa*

schen beiden genannten Polen hin und her schwankt, ist weder zufällig noch vorübergehend. Sie wirkt seit Anfang des europäischen Integrationsprozesses und wurde bis heute nie aufgelöst.

Um das zu verstehen, müssen die diplomatischen Papiere der Europäischen Gemeinschaft von 1949 bis 1956 und die dazu reichlich vorhandene Forschungsliteratur erneut gelesen werden. So wird erst deutlich, wie hartnäckig sich die Ambivalenz zwischen diesen beiden europäischen Idealen über die Jahre gehalten hat. Der Europäische Rat, anspruchsvoll in seinen Zielen aber beschränkt in seinen Mitteln, steht hierbei für das Europa als Gemeinschaftsraum. Die Montanunion und spätere Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, eher funktional aufgestellt mit konkreten Institutionen, für das Europäische Projekt.

Vergleicht man die Debatten, die in der Gründungsphase geführt wurden, mit denen, die 40 Jahre später durch den Fall der Berliner Mauer angestoßen wurden, wird man über die weitgehenden Parallelen überrascht sein: Einige plädierten auch damals für die Stärkung des Europäischen Rats oder der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, ab 1995 OSZE), während andere auf die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft pochten, um die erfolgreiche Integration eines wiedervereinigten Deutschlands in Europa zu ermöglichen.

Dies führte zu einer Europäischen Union, die ebenso wenig ausgefeilt ist, wie es die ursprüngliche Europäische Gemeinschaft war. Eine Finanzunion ohne eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik, eine Außenpolitik ohne Befugnisse und Mittel, ein grenzfreier Raum ohne gemeinsame Immigrations- und Asylpolitik. Maastricht reproduziert diese alten Spannungen und bereitet so den Nährboden für die Krise, die wir momentan erleben. Die dürftigen Verträge von Lissabon und Amsterdam, eher Fragmente ohne gemein-

samen Fokus, verändern an dieser Situation überhaupt nichts.

Man kann über eine lange Zeit mit einer Doppeldeutigkeit leben. Wenn man der modernen Psychologie glauben mag, kann man sogar ganz gut mit einer Schizophrenie leben; man muss sich ihrer nur bewusst sein und sie akzeptieren.

*Wenn Europa die staatsbürgerlichen Bindungen auflöst*

Die aktuellen Ereignisse führen aber eher dazu, die Spannungen und Probleme innerhalb der EU zu vergrößern als dazu, die eigene Begrenztheit wohlwollend zu akzeptieren.

Die fehlende Verbindung von Fiskal- und Sozialpolitik mündet in einem Negativwettbewerb und einer Abwärtsspirale in Europa. Zum Nachteil für alle. Der »polnische Klemmner« muss Arbeitsbedingungen akzeptieren, die kein französischer Angestellter hinnehmen würde. Zusätzlich wird er als Arbeitsplatzvernichter gebrandmarkt und erniedrigt, wenn er seinen Traum von einem offenen Europa verwirklichen will. Der extreme Wettbewerb im Bereich des Bauwesens, des Gütertransports, der Kinderbetreuung und der Gebäudereinigung in den reichen westlichen europäischen Staaten wurde so zu einer Hauptantriebsfeder des westeuropäischen Euroskeptizismus: Durch massive Rekrutierung von Arbeitskräften aus ärmeren Regionen der EU wurden in diesen Branchen Zehntausende von Arbeitsplätzen in Westeuropa zerstört. Das Europa des internen Wettbewerbs und Preiskampfes produziert auf diese Weise nur Verlierer.

Durch die verschärfte europäische Finanzpolitik, die zwischen der Weltwirtschaftskrise 2008 und der Griechenlandkrise 2015 eingeführt wurde, entfremdet sich die Union zusätzlich von vielen ihrer Bürger. Sie wird von vielen als unrechtmäßige Einmischung in die essenzielle staatliche Souveränität wahrgenommen. Dies scheint für viele noch weniger tragbar, weil

diese Regeln nicht mit neuen ökonomischen Vorteilen verknüpft sind. Sie sind der Preis dafür, nicht aus dem Euro ausgeschlossen zu werden.

Während des Griechenlandgipfels schienen viele europäische Spitzenpolitiker darauf aus zu sein, den dreisten griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras für seine Verwegenheit, die Austeritätsdogmen der Troika zu kritisieren, maßregeln zu wollen. Die Tatsache, dass sich der Protest der griechischen Bürger, die ihre politischen Führer durch diverse Referenden und Wahlen immer wieder bestätigten, zu einer so großen Welle der Sympathie entwickelte, liegt letztlich hier begründet: Dieses Aufbäumen spiegelt die demokratische Empörung über die Dominanz der Technokraten und die Diktate der einflussreichsten Mitgliedsstaaten in der EU wider. Im Gegenzug stärkte es aber auch die Überzeugung der konservativen Kräfte, dass die Bevormundung der »schlechten Schüler« die richtige Antwort auf deren Freizügigkeit und Aufsässigkeit sei. Die ältesten innereuropäischen Klischees, die sich in der Metapher vom Lehrer und seinem Schüler abbilden, werden so wiederbelebt.

Die europäische Kakophonie in der Frage, wie mit den Flüchtlingsströmen umzugehen sei, ist das letzte Puzzleteil in diesem traurigen Bild. Einige fordern die Öffnung der Grenzen, um dann, angesichts des massiven Andrangs, ihre Meinung wieder zu ändern. Währenddessen bauen andere Zäune aus Stacheldraht. Im inner-europäischen Schlagabtausch wird der Ruf nach Solidarität schnell durch die Androhung der Kürzung von Finanzmitteln und der Schließung von Grenzen ersetzt.

Europa erscheint so nicht nur in erschreckender Weise als Institution, die in die Knie gezwungen wurde. Indem die Bürger der einzelnen Staaten durch permanente Drohungen und moralische Verurteilungen gegeneinander gehetzt werden, werden die alten Stereotypen und Vorur-

teile wiederbelebt, die Europa eigentlich abbauen wollte.

Aus einer objektiven Perspektive könnte man davon ausgehen, dass das, was einen nicht umbringt stärker macht und dass auch Europa erneut einen Weg aus seiner Sackgasse finden könnte, indem es seine Standards und Verfahrensweisen endlich aufeinander abstimmt und konsolidiert. Bisher war jeder Vertrag, der das politische System und die Befugnisse der Europäischen Union gestärkt hat, ein Echo auf einen externen Schock für die europäische Gemeinschaft; von der Marginalisierung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg über den Fall der Berliner Mauer bis hin zum 11. September 2001.

Hat aber dieser Optimismus nicht irgendwann seine Grenzen erreicht? Hat nicht auch die inhärente Uneindeutigkeit, die es Europa immer wieder ermöglicht hat, voranzuschreiten, ohne noch einmal am eigentlichen Fundament des Projektes zu arbeiten, ihre Grenzen erreicht? Werden es die Europäer weiterhin akzeptieren, dass ihre sozialen Rechte aufgrund einer nicht vorhandenen gemeinsamen Sozialgesetzgebung weiter gegeneinander ausgespielt und beeinträchtigt werden? Kann dieses Europa weiterhin als Gemeinschaft ohne wirklichen moralischen Grundkonsens existieren, wenn einige ihre vermeintliche »christliche Identität« instrumentalisieren, um den Grundwert der europäischen Solidarität infrage zu stellen? Wie sollen in unserer demokratischen Kultur Konflikte angemessen gelöst werden, wenn die Methode dazu noch immer der undurchsichtige Europäische Rat ist, wenn fragwürdige Gutachten zu bindenden Verträgen führen, wenn die stärksten Mitgliedsstaaten weiterhin die schwachen und »widerspenstigen« Staaten von oben herab behandeln und demütigen?

Diese komplexen Probleme können bestimmt nicht ganz einfach und einstim-

## *Wiederauf- ersterung der Demokratie*

mig beantwortet werden, aber zumindest sollte man ihnen gegenüber eine klare Position beziehen. Europa kann sich nur selbst retten, wenn es endlich damit beginnt, diese internen Probleme politisch zu bearbeiten. Niccolò Machiavelli war in seinen *Discorsi* überzeugt, dass das Gegenspiel von Herrscher und Beherrschtem die Römische Republik so lange am Leben gehalten hat, wie die beiden Lager sich stets uneins über die Rolle der Republik selbst waren, teilten sie sich gewissermaßen das Regime. Und auch heute kann Europa nur vor seinem Untergang bewahrt werden, wenn es eine klare Konfrontation zwischen verschiedenen Auffassungen dieses einen Europas gibt.

Im europäischen Spektrum braucht es überzeugte Föderalisten, um diesen Klärungsprozess anzustoßen und die Doppeldeutigkeit der EU aufzulösen. Eine weitgefaste Gemeinschaft von Rechten und Freiheiten auf der einen Seite und einen festen Kern, der die Grundlage einer echten volkswirtschaftlichen und sozialen Gemein-

schaft bildet, auf der anderen Seite. Jede Nation sollte bewusst abwägen und entscheiden, welcher dieser beiden Wege der richtige für sie ist. Oder ob sie keinen dieser beiden Wege beschreiten will. Freunde in Großbritannien, ihr seid die Ersten!

Die europäische Demokratie verlangt nach einem ausgeprägten bürgerschaftlichen und sozialen Engagement, welches die Kommission dazu zwingt, härter gegen Sozial-, Finanz- und Umweltdumping vorzugehen. Wie jedem bürgerschaftlichen Engagement wird auch diesem ein harter Gegenwind ins Gesicht blasen. Es wird auf Verbündete und Gegner in den Reihen der Mitgliedsstaaten und in den Fraktionen im Europäischen Parlament stoßen. Aber nur wenn die Debatte um die Bedeutung der europäischen Integration in die europäische Struktur selbst hineingetragen wird, kann verhindert werden, dass Europa Teil einer Auseinandersetzung wird, von der es sich möglicherweise nicht wieder erholen kann.

*(Übersetzung aus dem Englischen von Julian Heidenreich)*



**Paul Magnette**

Professor der Politikwissenschaft an der Université libre de Bruxelles mit Schwerpunkt Europastudien. Er hatte verschiedene Ministerämter in Belgien inne und war Vorsitzender der Parti Socialiste. Heute ist er Ministerpräsident der Wallonischen Region.

[paul@paulmagnette.be](mailto:paul@paulmagnette.be)

Alexander Schellinger

## Nicht mehr nur auf Sicht fahren

### Die politische Steuerung der Eurozone: Aufgabe für die Sozialdemokratie

Der Hurra-Europäismus als politische Grundstimmung zeichnet sich dadurch aus, dass er auf Herausforderungen egal welcher Art inbrünstig und reflexartig mit »mehr Europa« reagiert. Fünf Jahre nach dem Ausbruch der Eurokrise und inmitten der Flüchtlingskrise findet diese Haltung

kaum noch Anhänger. Stattdessen meldet sich mit neuer Macht die Euro-Apokalyptik. Sie ist gekennzeichnet durch die Überzeugung, dass, wenn nicht die Europäische Union, so doch der Euro zum Scheitern verurteilt sei. Die Vertreter dieser schärfsten Systemkritik diagnostizieren eine struk-